

MARIO MACHALETT

Vorsitzender des Hessischen Jugendrings



Jugendpolitik entdeckt!

Der Koalitionsvertrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen in Hessen weckt in seiner Präambel keine hohen jugendpolitischen Erwartungen. Eher im Gegenteil: Dort, wo die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen beschrieben werden, kommen Jugendliche als Adressat_innen von Politik nicht vor. Ganz anders sieht es jedoch aus, wenn man den kompletten Koalitionsvertrag nach Jugendthemen durchsucht. An zahlreichen Stellen hat sich die Koalition verpflichtet, Politik für Jugendliche zu gestalten: Viele Jugendthemen wurden im Koalitionsvertrag verankert.

Wiederentdeckung der politischen Bildung

Im Koalitionsvertrag ist die politische Bildung als zentraler Baustein zur Weiterentwicklung einer demokratischen Gesellschaft definiert. Sie soll zum Verständnis politischer Prozesse sowie zu politischer Urteilsfähigkeit beitragen und Teilhabe ermöglichen. Hier werden besonders die historisch-politische Bildung und die Zielgruppe benachteiligter Jugendlicher hervorgehoben. Außerdem soll die außerschulische politische Bildung unterstützt werden und sich stärker auch an Kinder richten.

Mit diesen Impulsen setzt die Landesregierung aus unserer Sicht die richtigen Akzente: Eine Ausweitung der (außerschulischen) Angebote und die Öffnung für neue Zielgruppen sind zentrale Forderungen des Hessischen Jugendrings.

„Jugendbeteiligung ist ein wichtiger Baustein für eine gute Jugendpolitik.“

Worauf wir achten werden: Politische Bildung darf nicht zur Demokratie-Erziehung mit Verfassungs-

und Wertekunde verkürzt werden. Sie muss Gesellschaft als wandel- und gestaltbar darstellen, zum kritischen Umgang mit Machtstrukturen einladen und zu eigenem politischem Handeln befähigen.

Kinder- und Jugendrechte umsetzen

Die Koalition wertet die Kinderrechte weiter auf und plant die Umsetzung der Kinder- und Jugendrechtecharta. 2020 soll das „Jahr der Rechte für alle Kinder“ werden. Außerdem soll ein Jugendmonitoring eingeführt werden.

Mit diesen Vorhaben entwickelt die Landesregierung die Kinderrechte-Thematik engagiert weiter und betritt mit dem Jugendmonitoring sogar jugendpolitisches Neuland.

Was wir anbieten: Die Einführung eines hessischen Jugendmonitorings war eine unserer Forderungen. Wir werden diese Entwicklung engagiert unterstützen.

Ehrenamt wird zur Regierungssache

Ehrenamt ist essentiell für unsere Gesellschaft. Die Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, Rahmenbedingungen, Anerkennung und Sichtbarkeit von ehrenamtlichem Engagement zu verbessern. Insbesondere das Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen soll gefördert werden, u. a. indem die Ehrenamts-Card auch für Jugendleiter_innen ausgestellt wird. Ein „Landesnetzwerk Ehrenamt“ soll die Maßnahmen der Ehrenamtsförderung bündeln.

Ehrenamt in Jugendverbänden gilt zu Recht als Einstieg in ein lebenslanges Engagement. Vor diesem Hintergrund bewerten wir den breiten Blick auf das Thema Ehrenamt im Koalitionsvertrag sehr positiv.

Wo wir uns sehen: Die Erfahrungen der Jugendverbände bringen wir gerne in ein „Landesnetzwerk Ehrenamt“ ein. Und wir setzen uns für konkrete Veränderungen zum Beispiel für prüfungsfreie Ferien an Hochschulen ein, damit Studierende in Freizeiten und Zeltlagern ehrenamtlich Kinder und Jugendliche betreuen können.

Ab sofort wird partizipiert

Für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen benennt der Koalitionsvertrag drei konkrete Handlungsfelder. So soll eine Online-Beteiligungsplattform für Jugendliche eingerichtet werden. Im kommunalen Raum soll der Ausbau von Jugendparlamenten unterstützt werden. Und Schulen sollen Orte der Mitbestimmung sein, in denen die Arbeit der Schüler_innenvertretungen auf verschiedenen Ebenen gefördert wird.

Wir begrüßen diese Vorhaben und sehen hier auch neue Impulse für eine Jugendbeteiligung auf Landesebene.

Was uns dazu einfällt: Jugendbeteiligung ist ein wichtiger Baustein für eine gute Jugendpolitik. Dass sich Jugendliche politisch beteiligen wollen und können, zeigen aktuell die „Fridays for future“-Demonstrationen sehr eindrücklich. Mit dem HOP! JUGENDKONGRESS MIT_WIRKUNG am 7. September 2019 liefern wir weitere Impulse zum Thema Jugendbeteiligung – nach dem Motto „Hands-on Participation!“. Wir wünschen uns, dass die Landesregierung diese in ihre Jugendbeteiligungsstrategie einbezieht.

Die Koalition hat sich viel vorgenommen und dabei explizit an Kinder und Jugendliche gedacht. Auch über diese vier zentralen Felder hinaus steht einiges auf der jugendpolitischen Agenda der Regierung. Wir kündigen hiermit unsere Mitarbeit an und werden darauf achten, dass unterwegs nichts verloren geht.